# Israelischer Politiker Dr. Cassif: Netanjahu hat verloren – aber bleibt seine Politik?

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Zain Raza (ZR):** Danke, dass Sie heute dabei sind, und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Heute werde ich den israelischen Politiker Dr. Ofer Cassif interviewen. Bevor ich mit dem Interview beginne, möchte ich Sie kurz darauf aufmerksam machen, dass wir nächsten Monat unsere Crowdfunding-Kampagne starten, da wir nur noch genug Mittel haben, um die Gehälter für einen Monat zu decken. Bei der letztjährigen Kampagne haben wir dank der unglaublichen Unterstützung unserer Zuschauer 80.000 Euro erreicht. Bei der diesjährigen Kampagne ist es unser Ziel, genügend Spenden zu sammeln, damit wir unseren unabhängigen Journalismus fortsetzen können – einen Journalismus, der kein Geld von Konzernen und Regierungen annimmt und ausschließlich von unseren Zuschauern finanziert wird. Wir möchten Ihnen dieses aus Transparenzgründen vorab offenlegen, damit Sie entsprechend planen können. Alle Informationen zur Crowdfunding-Kampagne werden am 1. Dezember veröffentlicht. Nun zurück zu unserem Gast – Dr. Ofer Cassif ist Abgeordneter im israelischen Parlament und vertritt die linksgerichtete arabisch-jüdische Partei Hadash. Er ist außerdem politischer Philosoph und ehemaliger Dozent an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er promovierte in politischer Philosophie an der London School of Economics. Dr. Ofer Cassif, willkommen zurück in der Sendung.

**Ofer Cassif (OC):** Vielen Dank für die Einladung.

**ZR:** Beginnen wir dieses Interview mit den jüngsten Wahlen in Israel. Ich werde für unsere Zuschauer kurz die neuesten Entwicklungen zusammenfassen. Nach den Wahlen Ende Oktober sicherte sich Netanjahus Block 53 Sitze, während der Oppositionsblock von Gadi Eisenkot 48 der 120 Sitze in der Knesset gewann. Der arabische Block erreichte rund 19 Sitze – ein historisches Ergebnis –, darunter 11 für die Vereinte Liste, ein Bündnis aus Ta'al, Balad und Ihrer eigenen Partei, Hadash. Die restlichen 8 Sitze gingen an Ra'am. Präsident Isaac

Herzog hat nun Eisenkot mit der Regierungsbildung beauftragt, nachdem 67 Abgeordnete, darunter Vertreter beider arabischer Listen, ihn empfohlen hatten. Eisenkot hat bis zum 6. Dezember Zeit, eine Regierung zu bilden, mit einer möglichen Verlängerung bis zum 20. Dezember. In der Zwischenzeit bleibt Netanjahu geschäftsführender Ministerpräsident. Am 10. November hielt die neu gewählte Knesset ihre konstituierende Sitzung mit allen 120 anwesenden Abgeordneten ab. Eisenkot hat jedoch Bedingungen für die Beteiligung arabischer Parteien an seiner Regierung gestellt: Er forderte, dass sie Israel als jüdischen Staat anerkennen, den Wehrdienst akzeptieren und die Hamas als terroristische Organisation anerkennen. Er erklärte zuvor, ich zitiere: „Ich will die Unterstützung der arabischen Parteien nicht“, Zitat Ende, und hat an diesen Bedingungen festgehalten. Demgegenüber hat Netanjahu arabische Vertreter wie Sie beschuldigt, den Terrorismus zu unterstützen und die Zerstörung Israels anzustreben, und seine Likud-Partei hat zudem Wahlbetrug und ausländische Einmischung vorgeworfen. Dr. Cassif, könnten Sie unseren Zuschauern zunächst das politische Spektrum erklären, einschließlich der verschiedenen Blöcke sowie Ihres eigenen? Und wie schätzen Sie diese Ergebnisse und die Feindseligkeit gegenüber der politischen Beteiligung von Arabern ein?

**OC:** Zunächst einmal muss ich richtigstellen, dass die Vereinte Liste zwar definitiv auf einer Mehrheit arabischer Knesset-Abgeordneter sowie Wähler basiert, wir uns aber als Partnerschaft zwischen Arabern und Juden verstehen und neben mir auch weitere jüdische Kandidaten hatten. Leider haben wir sie nicht ins Parlament bringen können – wie Sie bereits erwähnt haben, waren es nur 11. Der zweite jüdische Kandidat auf der Liste stand, wenn ich mich recht erinnere, auf Platz 13. Das ist die eine Sache. Was Ihre Frage angeht: Die Regierung unter Netanjahu, Smotrich und Ben-Gvir war ganz klar die rassistischste Regierung, die es je im Staat Israel gab, und davon gab es viele – vielleicht könnte man sogar sagen, dass sie alle in gewissem Maße darauf zutrafen. Aber diese war definitiv die bösartigste, die genozidalste, ganz sicher die gewalttätigste und die rassistischste. Sie haben sogar das letzte bisschen Scham verloren, das manche Regierungen, Minister und Ministerpräsidenten zuvor noch hatten. Sie waren stolz auf den Rassismus und die Kriegstreiberei, einschließlich der ganz expliziten Forderung nach der Auslöschung des palästinensischen Volkes. Abschaum wie Smotrich und seine Verbrecher, Ben-Gvir sowie Netanjahu und die meisten Mitglieder der Knesset aus dem Likud haben in den letzten drei Jahren, seit dem Massaker vom 7. Oktober – das wir übrigens alle verurteilen –, ausdrücklich dazu aufgerufen, Gaza auszurotten und zu vernichten. Sie haben immer wieder gesagt, es gäbe in Gaza keine Unschuldigen, auch die Kinder nicht. Man kann sich also ein Bild von dieser Regierung machen, die einer Regierung ähnelt, die die Deutschen aus ihrer eigenen Geschichte nur allzu gut kennen. Dieses faschistische und rassistische Grundgerüst setzt diese Regierung unverändert fort, und die Lügen und Verleumdungen gegen die israelisch-palästinensischen Bürger im Allgemeinen und ihre Vertreter – also insbesondere gegen uns – sind nur ein Teil des fortwährenden rassistischen Diskurses, den sie geschaffen, vorangetrieben und gefördert haben. Das dürfte nichts Neues sein. All dieses Gerede über Betrug, über Zusammenarbeit oder Geld aus dem Ausland – das sind alles reine Lügen. Selbst die israelische Polizei und der Geheimdienst Shin Bet, die uns – das muss man wohl nicht extra erwähnen – nicht gerade wohlgesonnen sind – selbst sie sagen, dass nichts von

dem passiert ist, was die Regierung behauptet hat. Allerdings muss ich gleichzeitig betonen, dass der Chef des Shin Bet, der von Netanjahu eingesetzt wurde, weil er eher ihm als den Bürgern des Staates gegenüber loyal ist, behauptete, es habe Wahlbetrug gegeben und arabische Politiker hätten Geld aus dem Ausland erhalten – aber all das hat sich als leeres Gerede herausgestellt. Jeder weiß, dass es eine Lüge ist. Selbst die Polizei und der Shin Bet – abgesehen von dessen Chef – sagen das. Das ist nur ein Teil der ständigen Verleumdungen und Lügen, die die faschistische, nationalistische, kriminelle Regierung von Netanjahu und seine Handlanger ständig verbreiten. Und es ist übrigens sehr aufschlussreich, dass sie vor den Wahlen 2022 genau dasselbe gesagt haben, sowohl was Wahlbetrug als auch ausländische Gelder angeht, diese Kampagne aber einstellten, als sie merkten, dass sie gewonnen hatten. Jetzt machen sie genau da weiter, weil sie – zum Glück – eine Niederlage erlitten haben. Vor zwei Tagen hat Netanjahu in einer seiner schlimmsten Reden an die Israelis – genau an dem Tag, an dem wir alle im Plenum den Eid ablegen – nicht nur diese Lügen und Verleumdungen fortgesetzt, sondern ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hat noch rassistischere und faschistischere Hetze und Sprache gegen die palästinensischen Bürger und insbesondere gegen uns als Vertreter der israelisch-palästinensischen Bürger verwendet. Beide Listen wurden als Terror-Sympathisanten usw. diffamiert.

Das mit dem ausländischen Geld ist, wie gesagt, eine reine Lüge, genauso wie die Behauptung, wir hätten jemals irgendeine Form von Terrorismus unterstützt. Wir haben immer, wirklich immer, eine ganz klare Haltung gegenüber Gewalt im Allgemeinen und gegenüber der Schädigung unschuldiger Zivilisten eingenommen – was übrigens laut Netanjahu in seinem eigenen Buch die Definition von Terrorismus ist. Wir waren schon immer dagegen. Aber es fällt ihm und seinen Leuten sehr leicht, mit diesen Verleumdungen und Hetzen weiterzumachen, um nicht nur die nächste Regierung zu delegitimieren, die vielleicht auf unserer Unterstützung basiert – selbst wenn sie aus der Opposition kommt –, sondern auch alle israelisch-palästinensischen Bürger in Israel zu delegitimieren, um nicht zu sagen zu entmenschlichen, die an die Urnen gegangen sind und wie nie zuvor gewählt haben. Und das haben sie getan – die Wahlbeteiligung war so hoch wie nie zuvor, fast 80 Prozent der arabisch-palästinensischen Bürger in Israel sind zur Wahl gegangen – und das aus zwei Hauptgründen: Erstens, weil ihnen klar wurde, dass es hier um eine Frage von „Sein oder Nichtsein“ geht. Es war klar: Sollte – Gott bewahre – die faschistische Regierung erneut gewinnen, würde sie Smotrichs entschlossenen Plan umsetzen, der 2017 veröffentlicht wurde und ganz klar besagt, dass die Palästinenser entweder einem Apartheid-Regime unterworfen oder getötet und vertrieben werden sollen. Und die israelisch-palästinensischen Bürger in Israel sowie Tausende demokratischer Juden haben diese Gefahr erkannt und verstanden. Deshalb sind sie in Scharen wählen gegangen. Ein weiterer Grund war die Neuausrichtung der Vereinten Liste, die die Mehrheit der israelisch-palästinensischen Bürger von uns erwartet hat. Diese Kombination hat sie also dazu bewegt, wählen zu gehen. Und wieder versuchen die Faschisten nun, die Wahl zu delegitimieren, indem sie verschiedene Verleumdungen nutzen, wie Sie und ich bereits erwähnt haben – etwa in Bezug auf sogenannte Terroristen-Sympathisanten oder Wahlbetrug. Leider sind Herr Eisenkot und die Mehrheit derer, die eigentlich als Alternative zur Regierung Netanjahus dienen sollen, hauptsächlich

eine Alternative zu Netanjahu als Person, aber weniger eine Alternative zu seiner Politik. Zu viele von ihnen unterstützen die rassistische Rhetorik. Ich sage nicht, dass das auf alle zutrifft. Aber in dem einen oder anderen Maße tun es viele von ihnen. Und deshalb entziehen sie auch uns als Vertretern die Legitimität, auf die man sich stützen könnte – selbst wenn wir nicht Teil der Regierung sind. Wir sind die Vereinte Liste, wir wollen und haben nicht die Absicht, Teil der Regierung zu sein. Aber wir haben bereits gesagt – und dem Präsidenten empfohlen –, dass Herr Eisenkot der nächste Ministerpräsident werden soll. Und wir haben auch gesagt, dass wir für Herrn Eisenkot und den Oppositionskandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten stimmen werden. Wir verpflichten uns darüber hinaus, der nächsten Regierung unter Eisenkot nicht im Weg zu stehen. Denn wir verstehen – genau wie unsere Wähler, und wir fühlen uns unseren Wählern verpflichtet –, dass das Wichtigste darin besteht, die faschistische Regierung zu stürzen, auch wenn das bedeutet, für eine Regierung zu stimmen, die wir nicht mögen und die uns auch in Zukunft nicht gefallen wird. Das steht fest. Wir können zwar nichts mit ihr anfangen, aber wir müssen den Faschismus stoppen.

**ZR:** Halten Sie das nicht für einen Widerspruch? Denn Eisenkot war, wie Sie wahrscheinlich wissen, der ehemalige Generalstabschef der israelischen Streitkräfte, diente im Kriegseinsatz während der Zerstörung des Gazastreifens und ist einer der Hauptarchitekten der sogenannten Dahiya-Doktrin, benannt nach bestimmten Vororten von Beirut, die Israel während des Libanonkriegs 2006 massiv bombardiert hat. Die Doktrin befürwortet unverhältnismäßige militärische Gewalt und weitreichende Zerstörung gegen Gebiete, von denen aus bewaffnete Gruppen operieren. Wie lässt sich das Ihrer Meinung nach mit der Position des arabischen Blocks vereinbaren – auf der einen Seite hat man Netanjahu, den Sie als Faschisten bezeichnen, auf der anderen Seite aber jemanden, den man als Kriegsverbrecher bezeichnen könnte oder der angeblich ein Kriegsverbrecher ist. Wie geht man damit um? Und die zweite Frage: Manche argumentieren, dass Israel trotz allem eine Demokratie sei, da schließlich auch Araber wählen dürften, und dass es diese ganze Apartheid also gar nicht gegeben habe. Könnten Sie uns dazu bitte mehr sagen?

**OC:** Also, was die erste Frage angeht: Es ist wie gesagt ziemlich klar, dass wir keine Entscheidung treffen werden – wir im Parlament, wir wissen, dass wir nicht dafür stimmen werden, aber auch nicht dagegen. Es ist keine Wahl zwischen gut und sehr gut oder gar zwischen gut und schlecht. Wir haben leider keine andere Wahl, als zwischen schlecht und schrecklich. Und unter solchen Umständen müssen wir uns für das Schlechte entscheiden. Wir wissen, dass es schlecht ist. Das ist einer der Hauptgründe, warum wir nicht Teil der nächsten Regierung sein werden. Aber so sind nun mal die Umstände, verstehen Sie? Wir leben nicht in einem abstrakten Vakuum. Wir müssen uns zwischen dem Schlechten und dem Schlechtesten entscheiden. Wir müssen uns entscheiden zwischen Faschismus und – ich kann es nicht als demokratisch oder liberal bezeichnen, aber eben keine faschistische Regierung. Keine faschistische rechte Regierung. Wir müssen uns also leider für Option zwei entscheiden. Nicht, weil es uns gefällt, sondern weil uns das aufgezwungen wird. Es ist nicht unsere Wahl. Das ist die eine Sache. Zweitens möchte ich alle daran erinnern, dass 2019 der Kandidat ursprünglich als Alternative zu Netanjahu galt – später stellte sich heraus, dass das falsch war –, aber damals dachte man, Benny Gantz sei die Alternative zu Netanjahu. Er

führte vor der Wahl 2019 einen schrecklichen Wahlkampf, in dem er seinen Stolz darüber zum Ausdruck brachte, wie viele Menschen er in Gaza getötet hatte. Und wieder einmal haben wir uns trotz furchtbarer und wirklich sehr schwieriger Diskussionen und Debatten dennoch dazu entschlossen, Gantz zu empfehlen, weil wir verstanden haben, dass die größte Gefahr von Netanjahu ausging. Vor 35 Jahren war Rabin Ministerpräsident. Er war 1967 Generalstabschef. Er war der Generalstabschef der Besatzung. Er war 1976 Ministerpräsident – nicht nur während der Besatzung, sondern auch während der Ausweitung oder zumindest der Anfänge einiger Siedlungen. Ende der 80er Jahre war er Verteidigungsminister unter Jitzchak Schamir vom Likud als Ministerpräsident. Und als der erste palästinensische Aufstand, die Intifada, begann, war er der Verteidigungsminister, der den Soldaten befahl, denjenigen, die sich der Besatzung widersetzten, die Knochen zu brechen. 1992 haben wir ihn auch empfohlen. Zum einen, weil wir das Risiko der Alternative bereits kannten, aber vor allem, weil wir seiner Regierung erlaubten zu bestehen, um die Osloer Verträge voranzubringen. Wir haben ihn dann auch von außen unterstützt. Meistens muss man also – nicht nur in Israel, sondern überall – mit Politikern zusammenarbeiten, deren Ideen man nicht mag oder die man als Personen manchmal ablehnt. Ich bin mir sicher, dass Nelson Mandela de Klerk nicht besonders mochte. Aber als klar war, dass beide gemeinsam das kriminelle Apartheid-Regime stürzen und beseitigen konnten, haben sie sich zusammengetan. Es gibt so viele Beispiele dafür, wissen Sie. Leider müssen wir genau diese Entscheidungen treffen. Und ich sage nicht, dass es eine einfache Entscheidung ist, ich sage nicht, dass es eine angenehme ist, aber die Alternative ist die Fortsetzung der Verbrechen gegen das palästinensische Volk sowie gegen das israelische Volk, denn vergessen wir nicht: Neben der Völkermordpolitik und der ethnischen Säuberung, die die derzeitige Regierung im Gazastreifen und im Westjordanland betreibt, hat diese Regierung auch die israelische Gesellschaft und das Regime selbst in faschistische Strukturen verwandelt, und das müssen wir stürzen. Das ist das Wichtigste, und leider müssen wir diese Entscheidung treffen.

**ZR:** Kommen wir nun zu der anhaltenden Kontroverse um eine unabhängige Untersuchung der Hamas-Angriffe vom 7. Oktober 2023. Im Juli wurde ein Vorschlag zur Einrichtung einer unabhängigen staatlichen Untersuchungskommission unter Netanjahus parlamentarischer Mehrheit abgelehnt. Am 10. November legte Eisenkots politisches Bündnis einen neuen Vorschlag vor. Einen Tag später sicherte sich sein Block mit 63 zu 50 Stimmen einen wichtigen parlamentarischen Sieg und gewann damit Einfluss auf zentrale Parlamentsausschüsse, was die Chancen für den Fortgang dieser Untersuchung verbessern könnte. Unterdessen kursieren im Internet zahlreiche Theorien und Vorwürfe, die von katastrophalen Versäumnissen der Geheimdienste und des Militärs über völlige Nachlässigkeit seitens der Regierung Netanjahu bis hin zur Behauptung reichen, die Angriffe seien absichtlich zugelassen worden, um das übergeordnete zionistische Projekt „Groß-Israel“ voranzutreiben. Warum hat sich Netanjahu Ihres Erachtens einer unabhängigen Untersuchung widersetzt, und glauben Sie, dass Eisenkot wirklich daran interessiert ist, die Wahrheit aufzudecken? Oder dient das Ganze lediglich politischen Zwecken?

**OC:** Zunächst möchte ich auf die zweite Frage eingehen, denn die ist ganz einfach. Ich denke, dass Herr Eisenkot – ich habe natürlich meine Meinungsverschiedenheiten mit ihm,

ideologisch gesehen, politisch gesehen; offensichtlich liegen wir ideologisch und politisch sehr weit auseinander –, aber ich wage zu behaupten, dass er ein ehrlicher Mann ist, im Gegensatz zu Netanjahu, der neben seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen auch noch ein psychopathischer Bastard ist. Das kann ich über Eisenkot nicht sagen. Deshalb vertraue ich darauf, dass er wirklich und aufrichtig eine staatliche Untersuchung vorantreibt, eine Kommission, die wir unterstützt haben. Und wir haben mehrmals für eine solche Kommission gestimmt. Für mich ist es ganz klar, dass Netanjahus Bande sich gegen eine solche Kommission stellt, weil sie wissen, dass sie schuldig sind. Sie wissen, dass sie die volle Verantwortung für das katastrophale Massaker und die am 7. Oktober begangenen Verbrechen tragen. Und er versucht, das zu verbergen. Er hat viel zu befürchten. Das ist, kurz gesagt, die Antwort. Sie haben schreckliche Angst, besonders Netanjahu, der zudem korrupt ist. Er hat schreckliche Angst, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Sobald die Wahrheit ans Licht kommt, ist es vorbei. Und das weiß er. Und seine Verbrecher wissen das. Das ist der Grund, warum sie bis jetzt versucht haben, eine solche Untersuchungskommission zu verhindern. Aber ich glaube, dass eines der ersten Dinge, die die nächste Regierung tun wird – und vielleicht sogar schon die Knesset nächste Woche –, denn wir brauchen keine neue Regierung, um für eine solche Untersuchungskommission abzustimmen, und ich glaube, vielleicht schon nächste Woche oder in der Woche danach wird es im Plenum eine Abstimmung zugunsten einer solchen Kommission geben. Und ich hoffe es. Ich hoffe es wirklich. Diese Verbrecher müssen bestraft werden!

**ZR:** Mich interessiert besonders Ihre Sichtweise zum Iran-Krieg. Im Februar haben die Vereinigten Staaten und Israel einen Angriffskrieg gegen den Iran begonnen, obwohl der Iran keine unmittelbare Bedrohung darstellte und sich tatsächlich mitten in Verhandlungen mit Washington über sein Atomprogramm befand. Doch im Verlauf des Krieges zog sich Israel weitgehend und stillschweigend zurück, während die Vereinigten Staaten ihre Angriffe und die Seeblockade fortsetzten. Das ist besonders auffällig, da eine Untersuchung der New York Times enthüllte, dass Netanjahu und eine hochrangige israelische Delegation, darunter hochrangige Geheimdienst- und Militärvertreter, eine wichtige Rolle dabei spielten, Trump davon zu überzeugen, den Iran anzugreifen – mit der Behauptung, dass die militärischen Fähigkeiten des Irans zerstört werden könnten und die Regierung innerhalb weniger Wochen zusammenbrechen würde. Interessanterweise haben viele deutsche Medien dem Rückzug Israels kaum Beachtung geschenkt und keine angemessene Erklärung dafür geliefert. Wie erklären Sie sich Israels Rückzug aus dem iranischen Kriegsschauplatz?

**OC:** Das führt uns zurück zu dem, was ich zuvor gesagt habe: Das Einzige, was Netanjahu selbst antreibt, ist sein eigenes Wohlergehen und seine eigenen Interessen. Er will an der Macht bleiben, weil er panische Angst vor dem Gefängnis hat. Sie wissen, dass gegen ihn drei verschiedene Korruptionsanklagen vorliegen. Er weiß, dass er verurteilt werden wird. Er ist ein Feigling. Diese ganze pompöse Art, mit seiner Baritonstimme zu sprechen, ist nichts als heiße Luft. Und er tut alles Mögliche, um an der Macht zu bleiben und dem Gefängnis zu entgehen. Das ist das Einzige, was ihn antreibt. Diejenigen, die ihn umgeben – als Minister, als Berater, als Knesset-Abgeordnete des Likud und anderer faschistischer Fraktionen –, sind zum Teil messianische Fanatiker, die wirklich glauben, dass Krieg der Weg ist, den Messias

herbeizuführen und den sogenannten Dritten Tempel zu errichten, und andere sind einfach voller Hass und wollen buchstäblich so viel Blut wie möglich sehen. Diese Kombination aus diesen drei unterschiedlichen Interessen trifft zusammen, sie überschneiden sich. Und genau deshalb sieht die aktuelle Regierung so aus, wie sie aussieht. Nun ist das Iran-Problem ein Teil davon. Jeder weiß, dass der Iran keine unmittelbare Gefahr für Israel oder irgendein anderes Land in der Region darstellte. Ich mag das iranische Regime nicht, ich lehne es ab. Es ist ein bösartiges, fanatisches und diktatorisches Regime, das ich hasse. Und ich hoffe, dass das iranische Volk befreit wird. Aber das kann nicht mit imperialistischen Mitteln geschehen. Der Imperialismus war nie am Wohlergehen irgendeines Volkes interessiert. Er war immer an seinem eigenen Profit und seiner Macht interessiert. Und Israel wird leider seit Jahren, seit Jahrzehnten – nicht nur unter Netanjahu, sondern schon viele Jahre zuvor – als Stellvertreter des amerikanischen Imperialismus missbraucht. Das ist ein weiterer Teil davon, wissen Sie? Ich akzeptiere diese Theorie nicht, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt, wenn Sie verstehen, was ich meine. Ich glaube immer noch, dass der Hund mit dem Schwanz wedelt. Damit meine ich, dass die Vereinigten Staaten – oder besser gesagt, die Regierung bzw. einige in der Regierung der Vereinigten Staaten – tatsächlich einen Krieg oder einen Angriff gegen den Iran starten und eine Gemeinsamkeit mit Netanjahu finden wollten. Ich halte es zumindest nicht für wahr oder zutreffend zu sagen, dass Netanjahu der Schwanz ist, der den Hund – nämlich Trump – wedelt. Ich denke, es handelte sich viel eher um eine gegenseitige Beeinflussung unter der Führung des amerikanischen Imperialismus. Aber im Grunde genommen ging es Netanjahu und seinen Verbrechern, der sogenannten Regierung, letztendlich vor allem darum, einen Krieg entweder gegen den Iran, Syrien oder den Libanon zu beginnen oder die Lage im Westjordanland und vor allem im Gazastreifen anzuheizen – oder eine Kombination aus all dem –, hauptsächlich, wenn nicht sogar ausschließlich, um an der Macht zu bleiben, und um nichts anderes. Das ist hier der Kernpunkt.

**ZR:** Sie haben mir zu Beginn gesagt, dass Sie nur sehr wenig Zeit haben, und die haben wir nun überschritten. Ich danke Ihnen also ganz herzlich, Herr Dr. Ofer Cassif, politischer Philosoph und Mitglied des israelischen Parlaments. Ich hoffe, Sie in ein paar Tagen wieder bei uns begrüßen zu dürfen. Vielen Dank.

**OC:** Ich auch, vielen Dank, einen schönen Tag noch.

**ZR:** Und danke, dass Sie heute dabei waren. Wenn Ihnen die Berichterstattung in diesem Video gefällt und Sie uns auch in Zukunft folgen möchten, dann klicken Sie unbedingt auf den Abonnieren-Button unten. Und vergessen Sie nicht, dieses Video zu liken, zu kommentieren und in Ihrem Netzwerk zu teilen, damit wir gemeinsam den YouTube-Algorithmus optimieren und ein breiteres Publikum erreichen können. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und fürs Zuschauen. Ich bin Ihr Moderator, Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

## ENDE

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

| **BANKKONTO:** | **PAYPAL:** | **PATREON:** | **BETTERPLACE:** |
|---|---|---|---|
| Kontoinhaber: acTVism München e.V.<br>Bank: GLS Bank<br>IBAN: DE89430609678224073600<br>BIC: GENODEM1GLS | E-Mail:<br>PayPal@acTVism.org | https://www.patreon.com/acTVism | Link: Klicken Sie hier |

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org